

II- 6492 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/135-Parl/88

Wien, 27. Jänner 1989

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 Wien

3042/AB

1989 -01- 31

zu 3180 J

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 3180/J-NR/88, betreffend Rüge des Wissenschaftsministers durch den Verfassungsgerichtshof, die die Abg. Dr. Cap und Genossen am 23. Dezember 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Der Vorwurf, der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung habe den Einspruch gegen die Wahl "mehr als ein Jahr lang unerledigt liegen lassen", ist völlig unberechtigt, da der Einspruch des VSStÖ dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung von der Wahlkommission bei der Österreichischen Hochschülerschaft (also einem Organ der Österreichischen Hochschülerschaft) erst im März 1988 (also ca. 9 Monate nach der Einsprucherhebung) übermittelt wurde.

ad 2)

Der erfolgte Einspruch wurde mir erst mit dessen Vorlage durch die Wahlkommission bei der Österreichischen Hochschülerschaft im März 1988 bekannt. Eine Überprüfung des Wahlwerbematerials der Studentengruppe "Grüne - Die Grünen Österreichs" ergab, daß aus keiner Formulierung auf irgend einen Akt der Wiederbetätigung im Sinn des § 3 des Verbotsgesetzes geschlossen werden konnte.

- 2 -

Da nur ein der Wahlbehörde evidenter oder mit ihren Mitteln innerhalb des eng begrenzten zeitlichen Rahmens offenzulegender liquider - Verstoß gegen § 3 des Verbotsgesetzes begangen durch Einbringen des Wahlvorschlages selbst (wenn- gleich unter Heranziehung der begleitenden Wahlwerbung), schon im Wahlverfahren aufgegriffen werden kann - und muß, und ein solcher evidenter Verstoß nach Ansicht des Bundes- ministeriums für Wissenschaft und Forschung nicht vorgelegen war, wurde der Einspruch des VSStÖ abgewiesen.

ad 3)

Die Behauptung, daß die Gegenschrift und die Akten nicht fristgerecht vorgelegt wurden, ist unberechtigt. Auf der Auf- forderung zur Erstattung einer Gegenschrift fehlt nämlich entgegen der sonstigen Übung des VfGH - die Angabe einer Frist, innerhalb derer die Gegenschrift einzubringen ist (siehe Beilage).

§ 83 Abs. 1 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953 enthält lediglich folgende Bestimmung: "Eine Ausfertigung der Be- schwerde samt Beilagen ist der Behörde, von der der ange- fochtene Bescheid herrührt oder der der in Ausübung unmit- telbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakt zuzurechnen ist, mit der Mitteilung zuzustellen, daß es ihr freisteht, innerhalb einer Frist, die mindestens drei Wochen zu betragen hat, eine Gegenschrift zu erstatten."

Die Setzung einer 8-Wochenfrist war daher weder aus dem Ge- setz, noch aus der zugestellten Aufforderung zur Erstattung einer Gegenschrift ersichtlich.

ad 4)

Nein.

ad 5)

Grundsätzlich wird festgestellt, daß die Wahlkommission bei der Österreichischen Hochschülerschaft gemäß § 4 Abs. 1

- 3 -

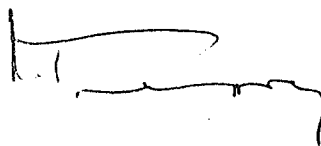
lit. b des Hochschülerschaftsgesetzes ein Organ der Österreichischen Hochschülerschaft ist. Dieses Organ hat im selbständigen Wirkungsbereich der ÖH die Wahlen durchzuführen und ist daher in diesem Bereich nicht an die Weisungen des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung gebunden. Gemäß § 1 Abs. 2 der Hochschülerschafts-Wahlordnung haben alle Mitglieder der Wahlkommission vor Antritt ihres Amtes das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit und gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflichten abzulegen.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung kann daher bei der Wahlkommission nur anregen, in Hinkunft bei der Prüfung der Wahlvorschläge ein umfangreicheres Ermittlungsverfahren durchzuführen und an die Wahlkommission appellieren, allfällige Einsprüche gegen die Hochschülerschaftswahlen unverzüglich dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung vorzulegen.

Im Falle der Einsprucherhebung gegen einen Bescheid der Wahlkommission wird auch der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ein weitergehendes Ermittlungsverfahren durchführen.

Der Bundesminister:

Beilage



Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11, 1010 Wien
B 1385/88-2

An den
Bundesminister für Wissenschaft
und Forschung
zu Zl. 62 231/1-15/88
Minoritenplatz 5
1014 W i e n

11. AUG. 1988	
Zahl	4127
Blg.	1

In der Anlage wird eine auf Art. 144 B-VG gestützte Beschwerde der Wahlwerbenden Gruppe "Verband Sozialistischer Student/inn/en Österreichs" (VSStÖ), vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Gabriel Lansky, Taborstraße 10/2, 1020 Wien, gegen den Bescheid des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 13. Juni 1988, Zl. 62 231/1-15/88,

gemäß § 03 Abs. 1 VerfGG 1953 mit dem Ersuchen an die belangte Behörde übermittelt, dem Verfassungsgerichtshof innerhalb von Wochen die Verwaltungsakten aller beteiligten Instanzen (vollständig, geordnet und im Original) vorzulegen und mitzuteilen, ob und gegebenenfalls welche Akten oder Aktenteile von der sonst den Beteiligten zustehenden Einsicht auszuschließen sind.

Innerhalb derselben Frist steht es der belangten Behörde und allen ~~Parteien~~ ~~bezeichneten beteiligten Parteien~~ frei, eine Gegenschrift ~~bzw. Äußerung~~ zu erstatten. Außer den Verwaltungsakten sind alle Schriftsätze bzw. Beilagen in 2-facher Ausfertigung vorzulegen.

Auf die nach § 20 Abs. 2 VerfGG 1953 eintretenden Säumnisfolgen wird hingewiesen.

Wien, am 9. August 1988
Vom Verfassungsgerichtshof:
Dr. F e s s l e r

für die Richtigkeit
der Ausfertigung

[Handwritten signature]